

Grundsachverhalte

Prof. Dr. Stefan Müller, Patrick Saile

- 1.1 Grundlagen und Zielsetzung von Rechnungslegung – 3**
- 1.2 Zweck internationaler Rechnungslegung und deren Implementierung im deutschen Recht – 8**
 - 1.2.1 Zweck und Entwicklung der IFRS – 8
 - 1.2.2 Zusammensetzung und Aufbau der IFRS – 9
 - 1.2.3 Anwendung der IFRS in Deutschland – 11
- 1.3 Grundsätze in der IFRS-Rechnungslegung – 14**
 - 1.3.1 Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes – 14
 - 1.3.2 Konzept der Wesentlichkeit – 15
 - 1.3.3 Adressaten und Prinzipienhierarchie der Rechnungslegung – 17
 - 1.3.4 Grundsatz der Unternehmensfortführung – 19
 - 1.3.5 Periodenabgrenzung – 20
 - 1.3.6 Relevanz und glaubwürdige Darstellung – 20
 - 1.3.7 Vergleichbarkeit (Darstellungstetigkeit), Nachvollziehbarkeit, Zeitnähe und Verständlichkeit – 21
 - 1.3.8 Saldierungsverbot und Berichtshäufigkeit – 23
- 1.4 Grundlegende Methoden von Ansatz und Bewertung – 23**
 - 1.4.1 Grundsachverhalte – 23
 - 1.4.2 Definition und Ansatz von Bestandsgrößen – 24
 - 1.4.3 Definition und Ansatz von Stromgrößen – 27
 - 1.4.4 Bewertung von Vermögenswerten – 28
- 1.5 Lern-Kontrolle – 50**

Lernagenda

Vor dem Hintergrund fortschreitender Internationalisierung steigt der Grad der Globalisierung innerhalb von Unternehmen. Entsprechend größer wird die Zahl der Interessensgruppen (*Stakeholder*), die für ein einzelnes Unternehmen relevant ist. Die von den Märkten geforderte schnellere Reaktionsfähigkeit, die umfassendere Informationsversorgung der *Stakeholder* und immer komplexere Gesetze in verschiedenen Staaten, die sich teilweise widersprechen, sind große Herausforderungen für Unternehmen.

Die umfassende Abbildung der Unternehmung für interne Steuerungszwecke und zur externen Kommunikation mit den *Stakeholdern* ist daher unabdingbar. Diese Vielfalt interner und externer Anforderungen an das Rechnungswesen führen unweigerlich zu Zielkonflikten. Zentrale Fragestellungen sind:

- Welchen Zweck soll internationale Rechnungslegung verfolgen?
- Welche Adressaten sollen mit Informationen versorgt werden?
- Wie sind die IFRS aufgebaut?
- Welche Unternehmen stehen im Fokus der IFRS-Rechnungslegung?
- Nach welchen Grundsätzen oder Prinzipien kann die IFRS-Rechnungslegung entscheidungsnützliche Informationen liefern?
- Was soll wo im Abschluss wie dargestellt und bewertet werden?

► Abschn. 1.1	Grundlagen und Zielsetzung von Rechnungslegung	Die Grundlagen des betrieblichen Rechnungswesens und die verschiedenen Zielsetzungen von Rechnungslegung im Allgemeinen verdeutlichen die Anforderungen und Zielkonflikte, die bei der Entwicklung von Rechnungslegungsstandards zu bewältigen sind.
► Abschn. 1.2	Zweck internationaler Rechnungslegung und deren Implementierung im deutschen Recht	Neben der historischen Entwicklung internationaler Rechnungslegung ist für die Anwendung ein Überblick über deren Zusammensetzung und den strukturellen Aufbau der IFRS notwendig. Praktisch stellt sich aus Unternehmenssicht zunächst die Frage, ob die IFRS anzuwenden sind.

► Abschn. 1.3	Grundsätze in der IFRS-Rechnungslegung	Der Aufbau von Gesetzen und Normen folgen innerhalb jeder Rechtsordnung bestimmten Grundsätzen. Bei der Schaffung internationaler Gesetzgebung treffen unterschiedliche Auffassungen aufeinander, die zu einem einheitlichen System zusammengefasst werden müssen.
► Abschn. 1.4	Grundlegende Methoden von Ansatz und Bewertung	Aufgrund des nicht modularen Aufbaus der IFRS werden grundlegende Bewertungsmethoden und allgemeine Grundsätze „vor die Klammer gezogen“. Diese sind zum weiteren Verständnis essentiell.

1.1 Grundlagen und Zielsetzung von Rechnungslegung

Unternehmen sind zunächst soziotechnische Systeme, die in einem marktwirtschaftlichen Umfeld wirtschaftlich agieren. Es handelt sich also um einen organisierten Zusammenschluss von Menschen, die im Leistungserstellungsprozess mittels Technologie ein bestimmtes Ziel anstreben, welches klassischer Weise die Gewinnerzielung darstellt.

Staaten bieten diesen Systemen rechtliche Hüllen durch verschiedene Rechtsformen an. Die Klassifizierung von der Ein-Personen-Unternehmung bis zur börsennotierten Publikums-Aktiengesellschaft ermöglicht eine juristische Fassbarkeit. Diese schlägt sich in den Regelungen der jeweiligen Rechte und Pflichten sowohl der Unternehmen zu ihrer Umwelt als auch innerhalb der Unternehmen nieder. Alle diese vielfältigen, juristisch eigenständigen Unternehmungen sollen im Weiteren als Einzelunternehmen bezeichnet werden.

Handeln rechtlich selbständige Unternehmen aufgrund einer wirtschaftlichen Unselbständigkeit abgestimmt und zielorientiert, liegen verbundene Unternehmen vor.¹ Die wirtschaftliche Unselbständigkeit kann dabei durch Mehrheitsbeteiligung, Abhängigkeit, Konzernzugehörigkeit, wechselseitige Beteiligung, Unternehmensverträge oder Eingliederung entstanden sein. Darüber hinaus existieren beispielsweise durch Kartelle, personelle Verflechtungen, Arbeitsgemeinschaften und Franchising vielfältige Möglichkeiten des abgestimmten Handelns zwischen Einzelunternehmen, die vom Gesetz kaum eingegrenzt werden können. Dies trifft auch auf die in jüngster

¹ Vgl. § 15 Aktiengesetz (AktG).

Zeit zunehmend anzutreffenden anderen Formen der unternehmerischen Zusammenarbeit, wie Value-Added-Partnerships, strategische Allianzen, strategische Netzwerke, Communities und virtuelle Unternehmen zu.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist der juristische Mantel eines Unternehmens deshalb weniger relevant. Vielmehr geht es um die zutreffende Abbildung des gesamten unternehmerischen Handelns. Art und Umfang dieser Abbildungen sind jedoch von der betriebswirtschaftlichen Theorie, in der juristischen Kodifizierung und in der Handhabung der Praxis nicht abschließend bestimmt. Vielmehr ist eine ständige Weiterentwicklung von Abbildungssachverhalten, -regeln, -instrumenten und -verfahren zu konstatieren. Für Kapitalgesellschaften und denen über § 264a des Handelsgesetzbuchs (HGB) gleichgestellte Personenhandelsgesellschaften ist vorbehaltlich der Befreiungsmöglichkeiten der §§ 291–293 HGB die Aufstellung (§ 290 HGB), Prüfung (§ 316 Abs. 2 HGB) und Offenlegung (§ 325 Abs. 3 HGB) des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts vorgeschrieben. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Gesellschaften ihren Sitz in Deutschland haben und mindestens über ein untergeordnetes Tochterunternehmen verfügen. Unternehmen anderer Rechtsformen sind über das Publizitätsgesetz – allerdings erst ab deutlich höheren Schwellenwerten – ebenfalls zur Konzernrechnungslegung verpflichtet.

Die Dokumentation der Ergebnisse des Handelns erfolgt durch die Rechnungslegung. Die möglichen abbildbaren Elemente können dabei von individuellen, persönlich und/ oder räumlich begrenzten Einzelbetrachtungen bis hin zur Abbildung ganzer Staatengemeinschaften reichen. Sie sollen jedoch im Folgenden auf Unternehmen beschränkt werden. Während für diese die Fremdinteressen insbesondere von Seiten der aktuellen, sowie potentiellen

- Eigenkapitalgeber (z. B. Vermögensaufstellung, Gewinnermittlung und -verteilung, Überwachung des Managements), Fremdkapitalgeber (z. B. zur Einschätzung der Kreditfähigkeit),
- Mitarbeiter (z. B. zur Einschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes, erfolgsorientierter Entlohnung)
- oder des Staates (z. B. Steuerbemessungsgrundlage, Konzentrationsüberwachung)

im Vordergrund stehen, zielen die Eigeninteressen auf Lenkungszwecke der Unternehmensführung ab. Die Rechnungslegung wird hierbei zur informatorischen Basis für die Planung, Steuerung und Kontrolle der Unternehmensprozesse. Hierzu werden quantifizierte Größen der retrospektiven, aktuellen und prospektiven Abbildungen des Unternehmens sowie seiner Umwelt zur Steuerung verwendet.

Das betriebliche Rechnungswesen wird, bezugnehmend auf die primären Adressaten, unterteilt in das **externe und interne Rechnungswesen**. Während das externe Rechnungswesen die weitgehend gesetzlich fixierten Informationsansprüche der au-

Berhalb des Unternehmens stehenden Interessenten umfasst, wird mit dem internen Rechnungswesen die Erweiterung, Veränderung und Aufbereitung der externen Informationen mit Blick auf die Informationsnotwendigkeiten der Unternehmensführung bezeichnet. Somit ist zu unterscheiden zwischen der externen Rechnungslegung, die insbesondere den offenkundigen Jahresabschluss und den Lagebericht umfasst, und der internen Rechnungslegung, die im Wesentlichen auf der Kosten- und Leistungsrechnung aufbaut und um weitere Abbildungs- und Auswertungsinstrumente zur Generierung von führungsrelevanten Informationen ergänzt wird. Bei der technischen Abwicklung des Rechnungslegungsprozesses ist zwischen Einzel- und Konzernunternehmen zu unterscheiden. Während die Daten auf der Ebene der Einzelunternehmen originär erfasst und verarbeitet werden können, bezieht sich die Konzernrechnungslegung überwiegend auf die aggregierten Daten der in den Konzernabschluss einbezogenen Einzelabschlüsse, die im Rahmen der Konsolidierung vereinheitlicht und zu einer Konzernabbildung zusammengeführt werden.

Hintergrund: Offenlegungspflichten deutscher Unternehmen

Nach § 325 HGB haben Kapitalgesellschaften und denen über § 264a HGB gleichgestellte Personengesellschaften (hier handelt es sich um Personengesellschaften, die keine natürliche Person als voll haftenden Gesellschafter aufweisen) innerhalb von 12 Monaten nach dem Abschlussstichtag den Jahresabschluss und Lagebericht beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch einzureichen. Dabei gibt es größenabhängige Erleichterungen bezüglich des Offenlegungsumfanges und der Offenlegungsart. Zur Konzernrechnungslegung verpflichtete Unternehmen haben auch den Konzernabschluss und -lagebericht nach den gleichen Vorgaben offenzulegen. Für kapitalmarktorientierte Unternehmen (§ 264 d HGB) ist die Offenlegungspflicht auf 4 Monate verkürzt.

Durch die verwendeten Kalküle Ein- und Auszahlungen, Einnahmen und Ausgaben, Erträge und Aufwendungen, Leistungen und Kosten sowie Vermögen und Kapital unterstützt das Rechnungswesen zunächst nur Wertziele.

Die Abgrenzung der Begrifflichkeiten ist in Theorie und Praxis sehr wichtig, allerdings halten sich Gesetzgeber und Standardsetzer nicht immer an die Definitionen:

Merke!

Einzahlungen (Auszahlungen) stellen den Zugang (Abgang) an liquiden Mitteln, d. h. Kassenbestand und Sichtguthaben auf Konten dar, die in der Periode angefallen sind.

Teilweise wird auch eine Erweiterung der liquiden Mittel um Zahlungsmitteläquivalente vorgenommen, die kurzfristige hochliquide Finanzinvestitionen darstellen, die

jederzeit in festgelegte Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungsrisiken unterliegen (IAS 7.6).

Merke!

Einnahmen (Ausgaben) stellen den Wert aller in der Periode veräußerten Leistungen (zugegangener Güter und Dienstleistungen = Beschaffungswerte) dar.

Dazu werden die Einzahlungen (Auszahlungen) um die Forderungen (Verbindlichkeiten) erweitert.

Merke!

Als **Aufwand** wird jeder erfolgswirksame Güterverzehr angesehen, der in der Betrachtungsperiode verursacht worden ist.

Es kommt hierbei nicht darauf an, ob diese Güterverbräuche betriebsbedingt-gewollter oder betriebsfremder sowie zufälliger und ungewöhnlicher Natur sind. Dabei stellen Aufwendungen periodisierte Ausgaben dar, die von dem externen Rechnungssystem als solche anerkannt werden.

Merke!

Erträge sind analog zu den Aufwendungen die auf Basis externer Rechnungsvorschriften zu bewertende Güterentstehung und müssen sich auf Einnahmen zurückführen lassen.

In Anlehnung an IAS 18.7 stellen Erträge die aus der Tätigkeit des Unternehmens resultierenden Bruttozuflüsse an wirtschaftlichem Nutzen der Periode dar, die zu einer Erhöhung des Eigenkapitals führen und nicht aus Einlagen der Eigentümer stammen.

Merke!

Als **Kosten** gelten im Gegensatz zu den Aufwendungen nur die leistungsbedingten, unmittelbar für den betrieblichen Leistungserstellungsprozess verursachten, gemäß dem Rechnungsziel bewerteten Güterverbräuche.

Diese Abgrenzung wird im Folgenden erläutert:

Beispiel: Unterscheidung Aufwendungen und Kosten

Verbraucht ein Unternehmen Bleche in der Produktion, stellt dies sowohl Aufwand als auch Kosten dar: Aufwand, da der Güterverzehr erfolgswirksam in der Betrachtungsperiode angefallen ist. Kosten, da der Verbrauch zusätzlich betriebsbedingt ist.

Der Mittelabfluss für die Reparatur einer abgebrannten Lagedalle ist zunächst ausschließlich Aufwand. Hier kann nicht von einer direkten Betriebsbedingtheit ausgegangen werden. Vielmehr werden diese Risiken nur auf kalkulatorischer Basis als Kosten berücksichtigt, was gegen das pagatorische Prinzip der Aufwandsbestimmung verstößt. Aufwendungen müssen immer direkt auf erfolgte oder zukünftige Auszahlungen zurückzuführen sein.

Analog ergibt sich die Definition von Leistungen als Gegenstück zu den Kosten:

Merke!

Leistungen sind definiert als betriebsbedingte bewertete Güterentstehungen, d. h. Leistung ist das bewertete Ergebnis betrieblicher Tätigkeit. Als Leistung gilt die Gesamtheit der erstellten Güter und Dienste, soweit sie Zweck der betrieblichen Tätigkeit gewesen ist, d. h. nicht außerordentlicher, zufälliger, spekulativer oder betriebsfremder Quelle entspringt.

Die Abgrenzung der eigentlichen betrieblichen Aktivitäten von den nicht als Leistung anzusehenden Werteentstehungen ist nicht nur theoretisch, sondern vor allem auch in der Praxis häufig nicht unproblematisch. Mit dem Leistungsbegriff gleichgesetzt werden auch die Erlöse. Kosten und Leistungen sind Gegenstand des internen Rechnungswesens.

Gleichwohl beeinflussen aber auch die i. d. R. nicht-monetären Größen der Sach- und Leistungs- sowie Sozial- bzw. Humanziele die Zielerreichung des Unternehmens, da Interdependenzen zwischen den Qualitäten, Mengen, Zeiten und Verhaltensweisen und den Wertgrößen bestehen, die oft aber nur schwer identifizierbar sind. So zeigt sich, dass im Rahmen der Rechnungslegung objektiv nur Ein- und Auszahlungen ermittelt werden können. Alle übrigen Größen bedürfen eines Bewertungsvorganges, der sich zwar i. d. R. an gewissen Prämissen orientiert, aber letztlich immer subjektiv beeinflusst ist.

- **Auf den Punkt gebracht: Das zentrale Problem der Rechnungslegung besteht darin, dass für die Abbildung sozioökonomischer Systeme stets eine Vielzahl von Prämissen erforderlich ist, die subjektiv zu setzen sind. Eine zutreffende, tatsächengemäße Abbildung ist somit nur in einem genau bestimmten Modell-**

rahmen und im Hinblick auf ein bestimmtes Abbildungsziel (Rechenzweck) möglich. Letztlich ist jeweils die Relevanz des Informationsgehalts einer Abbildung unter Berücksichtigung der Glaubwürdigkeit oder Verlässlichkeit der Abbildung zu optimieren.

So ist die Abbildung zur Gewinnermittlung für Zwecke der Besteuerung deutlich objektivierter, d. h. verlässlicher ausgestaltet, was jedoch zu Lasten der Relevanz der Abbildung geht. Einige handelsrechtliche Abbildungsregelungen werden trotz der bestehenden Maßgeblichkeit der Handels- auf die Steuerbilanz nicht übernommen. Die handelsrechtliche Abbildung ist für die Zwecke der Ausschüttungsbemessung (Gläubigerschutz), der Vorlage für die Steuerbilanz sowie für die Informationsvermittlung über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) optimiert. Allerdings leidet durch diese Multizielsetzung die Aussagekraft des HGB-Abschlusses bei der individuellen Betrachtung der einzelnen Ziele. Wie genannt ist der HGB-Abschluss nur die Vorlage für die Steuerbilanz und entfernt sich durch verbreitete steuerrechtliche Bilanzierungsvorbehalte zunehmend von einer einheitlichen Abbildung. Der Gläubigerschutz ist im Vergleich zu anderen Ausschüttungsregelungen im HGB weniger stark ausgeprägt. Dennoch ist auch die Informationsfunktion durch die noch bestehenden Verzerrungen aufgrund der anderen beiden Ziele nicht sehr charakteristisch.

1.2 Zweck internationaler Rechnungslegung und deren Implementierung im deutschen Recht

1.2.1 Zweck und Entwicklung der IFRS

Seit den 1990er-Jahren gelang es den *International Financial Reporting Standards (IFRS)*, damals noch als *International Accounting Standards (IAS)* bezeichnet, mit dem gegenüber dem HGB einzigen Zweck der Versorgung von Investoren und Gläubigern mit entscheidungsnützlichen Informationen über das abgebildete Unternehmen, sich in Deutschland zunehmend zu etablieren. Die IFRS werden von dem *International Accounting Standards Board (IASB)* als Standardsetzer verfasst. Dieses besteht aus Rechnungslegungsfachleute aus den Bereichen Anwendung, Prüfung und Wissenschaft. Träger ist die IFRS-Foundation. Derzeit gehören dieser ca. 150 Mitgliedsorganisationen aus fast 120 verschiedenen Ländern an, die das Ziel vereint, ein einheitliches Regelwerk hochwertiger, durchsetzbarer und weltweit anerkannter Rechnungslegungsstandards, die auf klar formulierten Grundsätzen basieren, zu entwickeln (vgl. IFRS 2015).

Seit Mai 2000 empfiehlt die internationale Organisation der Börsenaufsichtsbehörden (*International Organisation of Securities Commissions (IOSCO)*) die IAS/IFRS

weltweit als Rechnungslegungsstandards für grenzüberschreitende Notierungen zu akzeptieren.

Seit 2001 erfuhren die IFRS durch die am 19.07.2002 verabschiedete EU-Verordnung 1606/2002 (IAS-VO) mit der die IFRS für den Konzernabschluss kapitalmarkt-orientierter Mutterunternehmen verpflichtend vorgeschrieben wurde, einen entscheidenden Bedeutungszuwachs. Zur weiteren Verstärkung der internationalen Akzeptanz erfolgte eine Reorganisation, um den dominanten Einfluss des Berufsstands der Wirtschaftsprüfer zu reduzieren.

Im September 2002 vereinbarten IASB und FASB (*Financial Accounting Standards Board*, der US-amerikanische Standardsetter) im Rahmen des *Norwalk Agreement* eine enge Zusammenarbeit zur Reduzierung der Unterschiede zwischen den IFRS und den *US-Generally Accepted Accounting Principles (US-GAAP)*. In der Folge werden für Geschäftsjahre seit 2007 auch IFRS-Abschlüsse von der SEC (*Securities and Exchange Commission*) akzeptiert (sog. *Crossborder Listing*), sodass die zusätzlichen IFRS-Überleitungsrechnungen von IFRS nach US-GAAP entfallen sind. Allerdings hat die SEC die IFRS und nicht die EU-endorsed IFRS anerkannt.

1.2.2 Zusammensetzung und Aufbau der IFRS

Bis Oktober 2017 wurden 41 IAS, wobei 13 IAS nicht mehr in Kraft sind, und 17 IFRS verabschiedet, in denen Einzelfragen zur Rechnungslegung normiert sind. Darüber hinaus existieren Interpretationen, die insbesondere die einzelnen Standards zum Abbau von Auslegungsspielräumen ergänzen. Bisher wurden 33 *Standing Interpretation Committee (SIC)* (verschiedene SIC sind nicht mehr in Kraft) und 21 *International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)* verabschiedet (Endorsement 2017). Zusätzlich und als konzeptionelle Grundlage der gesamten Rechnungslegung nach IFRS kommt ein Rahmenkonzept (RK) (*Framework for the Preparation and Presentation of Financial Statements*) hinzu. Mit dem Rahmenkonzept, das erst im Jahre 1989 verabschiedet wurde, wurde eine Basis zur Entwicklung konsistenter Rechnungslegungsstandards primär für den Standardsetzer selber geschaffen. Es dient zudem der Interpretation bereits bestehender Standards sowie als Ausgangsbasis für eine deduktive Ableitung von Bilanzierungsfragen, allerdings nur soweit, wie in den Einzelstandards dieser Sachverhalt nicht geregelt ist. Das Rahmenkonzept gehört nicht zu den Standards, hat gegenüber diesen eine untergeordnete Bedeutung und somit nicht die verbindliche Wirkung eines Standards (RK.2). Wesentliche Inhalte des Rahmenkonzepts sind in IAS 1 („Darstellung des Abschlusses“) geregelt und über diesen Standard verbindlich anzuwenden. Bereits im Oktober 2004 haben IASB und FASB vereinbart, das seit 1989 unveränderte Rahmenkonzept zu überarbeiten und zu vereinheitlichen. Das RK-Projekt wird schrittweise überarbeitet, wobei die entsprechenden Abschnitte im bestehenden RK ersetzt werden. Die Arbeiten dauern noch an, weshalb das der-

zeitige RK mit dem Stand 9/2010 aus überarbeiteten und unbearbeiteten Abschnitten besteht, die durch Buchstabenkombinationen kenntlich gemacht werden.

Unabhängig vom Rahmenkonzept haben die älteren Standards folgenden grundsätzlichen Aufbau.

- Zielsetzung (*objective*),
- Anwendungsbereich (*scope*),
- Definitionen (*definitions*),
- Textteil mit weiteren Zwischenüberschriften (z. B. *recognition and measurement, presentation, ...*),
- Angabepflichten (*disclosure*),
- Übergangsvorschriften (*transitional provisions*),
- Zeitpunkt des Inkrafttretens (*effective date*) sowie
- (ggf.) Anhang (*appendix*) mit erläuternden Beispielen.

Besonders komplizierte Standards werden auch mit einer Implementierungsanleitung ergänzt (*implementing guidance, IG*). Zudem gibt es ähnlich wie bei Regierungsbeurteilungen von Gesetzen auch begleitende Informationen über die Beweggründe des IASB für bestimmte Regelungen (*basis for conclusions, BC*). In jüngeren Standards finden sich Definitionen, Leitlinien für die Anwendung, Inkrafttreten und viele konkretisierende Regelungen eher in den Anhängen.

Merke!

Die **Standards** sind durch ihre Nummern klar voneinander abgegrenzt. Innerhalb eines Standards sind die einzelnen Abschnitte durchnummeriert. Somit kann eine klare Bezeichnung einer bestimmten Regelung erfolgen, wobei sich die folgende Notation ergeben hat:

- IAS 1.7: bezeichnet den 7. Absatz des IAS 1
- IFRS 10.B10: bezeichnet im Anhang B den 10. Absatz des IFRS 10
- RK.OB2: bezeichnet den 2. Absatz im Abschnitt *The objective of general purpose financial Reporting* des Rahmenkonzepts (Stand 9/2010)

Zum Verweis auf einen bestimmten Rechtsstand erfolgt der Zusatz der jeweiligen Jahresangabe, z. B. IAS 1.24 (revised 2008). In diesem Buch werden die von der EU übersetzten und bekannt gemachten Standards verwendet (Stand 10/2017).

Einige Absätze sind zudem noch weiter mit kleinen Buchstaben (a), (b) usw. und auf der 2. Ebene mit kleinen römischen Ziffern (i, ii usw.) unterteilt (z. B. IFRS 12.10(a)(ii)). Bei ergänzenden Regelungen, die später eingeschoben wurden, werden Großbuchstaben verwendet (z. B. IFRS 1.25A).



<http://www.springer.com/978-3-658-17360-9>

Internationale Rechnungslegung (IFRS)

Müller, S.; Saile, P.

2018, XI, 207 S. 26 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17360-9